



Präventionsprogramme entfalten Synergien

Gesundheit und Umwelt. Eine wichtige Bedingung, um gesund und in Wohlbefinden leben zu können, ist eine saubere, harmonische Umwelt. Dabei sind das Fehlen von Lärm, genügend Bewegungsfreiheit und eine gute Nachbarschaft ebenso umweltbedingte Gesundheitsfaktoren, wie saubere Luft, reines Wasser oder gesunde Lebensmittel.

Die Gesundheit des Menschen – so die Einschätzung von Fachleuten – wird weit stärker von seinem Lebensumfeld und den ökologischen Bedingungen geprägt, als durch genetische Faktoren oder das Gesundheitsversorgungssystem. Dies zeigt auch die nebenstehende Grafik von Professor François van der Linde, langjähriger Präventivmediziner des Kantons St. Gallen.

Konzeptionelle Zusammenhänge

Die Bedeutsamkeit der Verbindung von Gesundheit und Umwelt wird von verschiedenen theoretischen Ansätzen bestätigt und gewinnt an Bedeutung. Public Health-Ansätze und die WHO betonen die Wichtigkeit von multisectoralen Gesundheitspolitiken. Die Umweltpolitik wie auch die Konzepte der Nachhaltigen Entwicklung nehmen zunehmend gesundheitliche Aspekte auf. Sicher ist, dass Konsummuster und die Wahl des Lebensstils einen grossen Einfluss sowohl auf die Umwelt wie auch auf die Gesundheit haben. In der Ernährung spitzt sich diese Thematik etwa am Beispiel von saisonunabhängig eingeflogenen Spartern aus Südamerika versus dem Konsum von saisonalen und regionalen Lebensmitteln zu.

Lebensstil ist entscheidend

Gesellschaftliche Werte und Normen wie auch kulturelle Hintergründe und sozioökonomische Möglichkeiten prägen die individuellen Verhaltensweisen und den Lebensstil. Das Konzept des gesundheitsrelevanten Lebensstils lässt sich dabei in eine Reihe von bestehenden Public Health-Ansätzen einbetten, die vom individuellen Risikoverhalten bis zur gesundheitsbezogenen Lebensqualität immer weitere Parameter umfassen und Interventionspunkte für die Prävention und Gesundheitsförderung bieten. Gesundheitsrelevanter Lebensstil ist zudem Teil einer Gesundheitskultur, die breit abgestützt gesundheitsförderlich zu handeln vermag. Eine so verstandene Gesundheitskultur passt ihrerseits wieder in den integrativen Ansatz von Lebensqualität, bei dem vielfältige Aspekte wie Wohnumfeld, Umwelt, Sicherheit, Arbeits- und Familiensituation, Qualität des Erholungsraumes, Ernährung, Beratungs- und Unterstützungsangebote und kulturelle Angebote miteinbezogen werden.

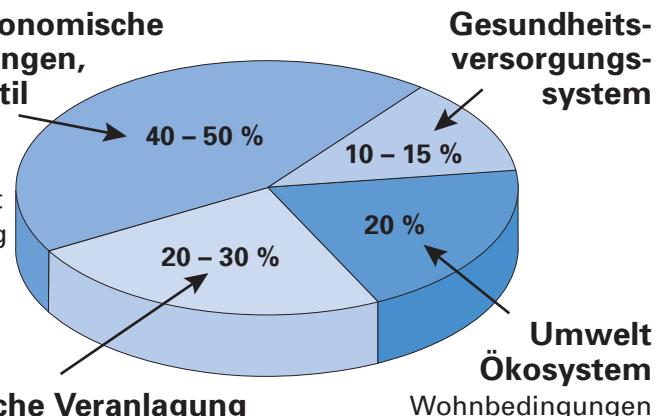
Lebensqualität ist ebenfalls Ziel und Interventionsfeld der Nachhalti-

Einflussfaktoren auf die Gesundheit

Sozioökonomische Bedingungen, Lebensstil

Kultur
Bildung
Wirtschaft
Ernährung

Genetische Veranlagung



Einflussfaktoren auf die Gesundheit gemäss Professor François van der Linde.

gen Entwicklung. Gesundheitsförderung und das Erreichen von hoher Lebensqualität sind deshalb wichtige Teilbereiche im gesellschaftlichen und politischen Steuerungsprozess der Nachhaltigen Entwicklung, welche die Ziele der gesellschaftlichen Solidarität, der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und der ökologischen Verantwortung in einer gleichwertigen Balance halten will.

Luftqualität

Die Luft ist jener Umweltfaktor, der auf die Gesundheit den grössten Einfluss hat. In der Schweiz stammen 40% der Luftverschmutzung aus Industrie und Gewerbe, 22% aus dem Verkehr, 17% aus der Land- und Forstwirtschaft, 11% aus Haushalten. Das gesundheitliche Risiko der Luftverschmutzung in der Schweiz ist für Einzelpersonen zwar relativ klein, je mehr Menschen aber einem kleinen Risiko ausgesetzt werden, umso höher ist die Anzahl Schadensfälle. So wird die Zahl der Todesfälle durch Luftbelastung in der Schweiz auf jährlich 3700 geschätzt. Dieselbe Schätzung aus dem Jahr 2005 kommt zum Schluss, dass allein die Strassenverkehrsemisionen jährliche Gesundheitskosten in der Höhe von 1,5 Milliarden Schweizer Franken verursachen.

Lärm

Lärm ist unerwünschter Schall, der als lästig erlebt wird oder gesundheitliche Auswirkungen haben kann. Die Grenzwerte der Lärmschutzverordnung (LSV) liegen im Gebiet von 55 bis 65 Dezibel (dB), dem Pegelbereich der sprachlichen Kommunikation. Für den Strassenlärm in einem

Interview



Der Kanton Tessin leidet ganz besonders unter den übermässigen Ozonimmissionen. Nach dem Hitzesommer 2003 wurde eine Einsatzgruppe Gesundheit und Umwelt gebildet, um in Krisensituationen schnell und gemeinsam reagieren zu können. Antoine Casabianca, kantonaler Beauftragter für Gesundheitsförderung, zieht nach zwei Jahren Bilanz über diese heute als vorbildlich geltende Zusammenarbeit. » Seiten 4/5

Nachhaltige Tabakprävention

Seit Herbst 2003 fliessen in der Schweiz vom Kaufpreis eines jeden Zigarettenpäcklis 2,6 Rappen in einen Präventionsfonds, das macht jährlich rund 18 Millionen Franken. Der Tabakpräventionsfonds finanziert Projekte und Programme, die effizient und nachhaltig zur Reduktion des Tabakkonsums beitragen. Eine Zwischenbilanz des Tabakpräventionsfonds nach zwei Jahren auf » Seite 7



Fortsetzung von Seite 1

Wohngebiet wurden 60 dB als Immissionsgrenzwert (IGW) festgelegt.

Der Strassenverkehrslärm ist für die Bevölkerung die dominierende Lärmquelle. Sowohl in der Europäischen Union als auch in der Schweiz steht er in der Rangliste der Lärmverursacher an erster Stelle. Er wird gefolgt vom Schienenverkehr, und an dritter Stelle liegt der Flugverkehr.

Seit 1986 existiert in der Schweiz die LSV. Darin werden unter anderem Belastungsgrenzwerte für die wichtigsten Lärmtypen festgehalten. Gemäss einer Schätzung des Bundesamtes für Raumentwicklung (ARE) für das Jahr 2000 sind rund 2,2 Millionen Menschen tagsüber strassenverkehrsbedingten Lärmbelastungen über dem Immissionsgrenzwert ausgesetzt, während der Nacht sind es 2,1 Millionen Menschen. Lärm beeinträchtigt die Kommunikation, stört den Schlaf und bewirkt Stressreaktionen mit entsprechenden gesundheitlichen Auswirkungen wie Herz- und Kreislaufstörungen. Durch die gesamte Lärmbelastung der Strasse und Schiene entstanden für das Jahr 2000 Kosten von 998 Millionen Franken (Mietzinsausfälle und Gesundheitskosten). Die Gesundheitskosten beliefen sich dabei auf rund 124 Millionen Franken, davon sind 99 Millionen Franken dem Strassenverkehr anzulasten.¹¹

¹¹ ARE, Externe Lärmkosten des Strassen- und Schienenverkehrs der Schweiz, Aktualisierung für das Jahr 2000, Bundesamt für Raumentwicklung, Bern, 2004

Klimaveränderung und Hitze

Die Klimaerwärmung hat zunehmend Einfluss auf die Gesundheit. Klimaänderung und die Belastung der Luft mit Schadstoffen (u. a. den Vorläufersubstanzen für die Ozonbildung) haben dieselbe Ursache: den Verbrauch fossiler Energien. Im 20. Jahrhundert ist die globale Jahresmitteltemperatur um etwa 0,6 Grad Celsius angestiegen. Sie steigt inzwischen noch schneller an und liegt heute sehr wahrscheinlich höher als jemals in den letzten tausend Jahren. Die zehn wärmsten bisher gemessenen Jahre liegen alle im Zeitraum seit 1990.

Die Klimaänderung wirkt sich regional unterschiedlich aus. Im Alpenraum könnte die abnehmende Schneedeckung die Erwärmung zusätzlich verstärken. Es ist anzunehmen, dass sommerliche Hitzewellen zunehmen und die Anzahl der Frosttage abnehmen werden. Die Klimaerwärmung hat weltweite Auswirkungen: steigende Meeresspiegel, Zunahme von Überschwemmungen oder Dürren und der daraus resultierenden Gefährdung der Nahrungsmittelversorgung, verlängerte Pollensaison und damit längere Beschwerdezeit für Personen mit Asthma und Heuschnupfen, höheres Allergiepotenzial durch einwandernde Pflanzen wie Ambrosia (siehe Kasten auf dieser Seite), verbesserte Lebensbedingungen für Krankheitsüberträger (Vektoren), Zecken und Stechmücken.

Vor allem für ältere und kranke Menschen sowie Kleinkinder ist

Hitze eine Gefahr. Das hat der Sommer 2003 deutlich gezeigt. Der damalige Hitzesommer, der nach bisherigen Klima-Modellen statistisch gar nicht hätte stattfinden dürfen, verursachte allein in Westeuropa über 30'000 zusätzliche Todesfälle und gilt heute als die grösste Naturkatastrophe in Europa seit dem 15. Jahrhundert.

Umwelt und Gesundheit im BAG

Obschon für Umweltfragen im engeren Sinn, wie beispielsweise die Überwachung der Aussenluftbelastung, das Bundesamt für Umwelt (BAFU) und die kantonalen Umweltfachstellen zuständig sind, beschäftigen sich auch andere Ämter mit Umweltfragen. Im Bundesamt für Landwirtschaft (BLW) nehmen ökologische Fragen einen hohen Stellenwert ein. Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) betrachtet vor allem die Innenräume und beschäftigt sich unter anderem auch mit den gesundheitlichen Langzeitwirkungen des Feinstaubes in Innenräumen, insbesondere des Tabakrauches. Die Arbeitsteilung zwischen BAG und BAFU nach dem Kriterium Innen/Aussen geschieht in verschiedenen Bereichen, etwa bei der Strahlung von Mobilfunkanlagen resp. Handys. Trotzdem ist im BAG eine Sektion Umwelt und Gesundheit aktiv, die sich mit umweltbezogenen Gesundheitsrisiken sowie der Rolle der Gesundheit in der Nachhaltigen Entwicklung beschäftigt und für die Umsetzung des Aktionsprogramms

Umwelt und Gesundheit (APUG) verantwortlich ist. Dieses Programm verknüpft seit 2001 schweizweit erstmals systematisch und auf innovative Art und Weise die Bereiche Umwelt und Gesundheit und läuft bis 2007. Es setzt den 1997 verabschiedeten Aktionsplan Umwelt und Gesundheit um, der von verschiedenen Ämtern, insbesondere BAFU und BAG, verfasst wurde und auf internationalen Vereinbarungen mit der Weltgesundheitsorganisation WHO basiert. Diese gehen letztlich auf die 1992 in Rio beschlossene Agenda 21 zurück.

Aktionsprogramm Umwelt und Gesundheit APUG

In den drei APUG-Schwerpunktthemen Mobilität und Bewegung, Wohnen und Zusammenleben sowie Landwirtschaft und Ernährung werden Synergien zwischen gesundheitlichen und umweltbezogenen Anliegen gesucht und mit verschiedenen Instrumenten konkretisiert:

- Zu je einem Thema arbeiteten während fünf Jahren bis Sommer 2006 drei Pilotregionen (Thal, Crans-Montana und Aarau). Neben den in der Region erzielten Projekterfolgen und der langfristigen Verankerung der Gesundheit, erwarb sich die Sektion dabei konkretes Know-how, wie Verhältnisse zugunsten der Gesundheit verändert werden können.
- Ein Innovationspool fördert nachahmenswerte Einzelprojekte, welche eine vorbildliche Verbindung von Umwelt und Gesundheit

Umweltbezogene Gesundheitsthemen des APUG

Schutz vor Ambrosia



Ambrosia ist eine Pflanze, die ursprünglich aus Nordamerika stammt und sich, begünstigt durch die Klimaerwärmung und menschliche Aktivitäten, auch in der Schweiz ausgebreitet hat. Ihre Pollen schädigen die Gesundheit. Sie sind viel gefährlicher als die meisten anderen Pollen und führen schon bei sehr kleinen Mengen in der Luft bei Pollenallergikern zu allergischen Reaktionen (heuschnupfenartige Symptome oder gar Asthma). Gemein-

sam mit der Eidgenössischen Forschungsanstalt Changins, dem Bundesamt für Landwirtschaft (BLW), dem Bundesamt für Straßen (ASTRA) und MeteoSchweiz hat das Bundesamt für Gesundheit Materialien ausgearbeitet. Informationen zu Ambrosia, Merkblätter und Links finden sich auf dem (in die APUG-Website integrierten) Webportal.

www.ambrosia-info.ch

Erfahrungen mit APUG-Projekten

Nachahmung erwünscht!

Vom «Ernährungskoffer» über «Gutes leise Reiseweise» bis hin zu «HomeStories» oder «N'en fumez plus»: An mittlerweile rund 90 Projekten mit Gesamtkosten von fast 12 Millionen Franken hat sich der Aktionsplan Umwelt und Gesundheit (APUG) mit rund 1,8 Millionen Franken beteiligt. Unterstützt wurden innovative Ideen zu den Themen Wohnen, Mobilität, Nachhaltigkeit, Schule, Bewegung, Ernährung oder Landwirtschaft. Bei einigen Projekten hat erst die Finanzhilfe des APUG die Realisierung ermöglicht. Oft war diese Unterstützung zudem Anstoß für andere, so dass auch private Mittel für die Ziele des APUG eingesetzt wurden. Nun will die Sektion Gesundheit und Umwelt des Bundesamtes für Gesundheit die Entstehung von Nachahmungsprojekten fördern. Denn andere Gemeinden und Regionen können jetzt von getaner Planungsarbeit profitieren, bestehende Ideen weiter entwickeln und Früchte ernten. Viele Projekte zahlen sich auch volkswirtschaftlich aus. Übers Ganze gerechnet haben die Investitionen des APUG bisher einen anderthalbfachen Nutzen im Bereich Gesund-



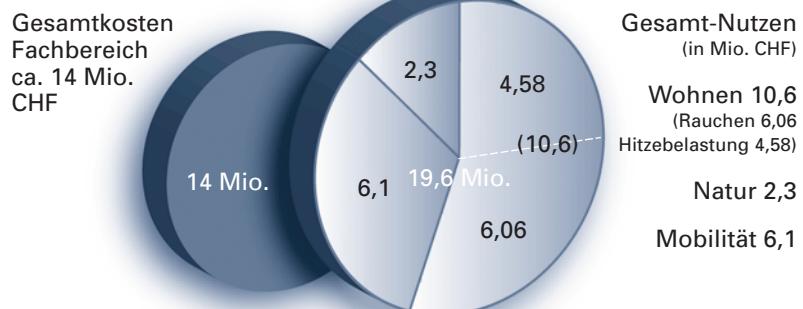
heit ergeben. Die in einer Broschüre zusammen gefassten Projekterfahrungen sollen dazu beitragen, dass der Gesundheitsaspekt in die Nachhaltigkeit einfließt und damit die Verknüpfung von Gesundheit und Umwelt endlich zur Selbstverständlichkeit wird.

Bestelladresse: apug@bag.admin.ch
oder Tel. 031 323 06 01



Infografik

Kosten und Nutzen des Fachbereichs Gesundheit und Umwelt



Eine Studie von Interface vom Oktober 2005 zeigt auf, dass die Sektion Gesundheit und Umwelt des Bundesamtes für Gesundheit in den Jahren 1997 bis 2005 volkswirtschaftlichen Nutzen im Umfang von gut 19,6 Mio. Franken gestiftet hat. Der grösste Anteil fällt mit rund 10,6 Mio. Franken im Bereich Wohnen an (davon Rauchen 6,06 Mio. Franken und Hitzebelastung 4,58 Mio. Franken), der zweitgrösste im Bereich Mobilität (6,1 Mio. Franken) und 2,3 Mio. Franken stammen aus dem Bereich Natur. Der berechnete volkswirtschaftliche Nutzen übersteigt somit die von der Sektion im gleichen Zeitraum verursachten Kosten von 14 Mio. Franken deutlich.

schaffen. Mit regionalen Vermittlungsstellen werden noch bis Ende 2007 Projekte in den bisher zu kurz gekommen Regionen Romandie und Ostschweiz speziell gefördert.

- Auf kantonaler und Bundes-Ebene sowie in Zusammenarbeit mit privaten Organisationen wird die multisectorielle Zusammenarbeit und Vernetzung vorangetrieben. Umweltbezogene Gesundheitsthemen werden in andere Bundesämter und Politikbereiche eingebracht, und die Sektion Gesundheit und Umwelt hat «die Bestrebungen des Bundes zur nachhaltigen Entwicklung stark mitgeprägt», attestiert die

«Schweizerische Ärztezeitung» am 15. März 2006. Mit dieser Philosophie kam auch die Ausstellung «Natürlich fit – Cultivez votre santé» als neue Form der Zusammenarbeit zwischen Landwirtschaft und Gesundheit zustande.

- Auf der Website www.apug.ch, mit einem Newsletter sowie weiteren Kommunikationsmitteln werden aufgearbeitete Erfahrungen weitergegeben. Ebenso behandelt die Website aktuelle Themen wie beispielsweise die gesundheitlichen Folgen der Hitze welle von 2003, Feinstaub und Gesundheit oder die Allergien auslösende Pflanze Ambrosia.

Rauchstopp-Projekt APUG-Pilotregion Aarau

Weg vom Glimmstängel



Grosser Erfolg in der Pilotregion Aarau für die von der Stiftung «Aarau eusi gsund Stadt» und der Lungenliga Aargau durchgeföhrte lokale Nichtraucherkampagne «Ein Rauchstopp lohnt sich immer». Dank der langjährigen Sensibilisierungsarbeit im Projekt «allons-y Telli!» wurde das Ziel, die Hälfte von mindestens 50 teilnehmenden ausstiegswilligen Rauchenden aus dem Telli-Quartier vom Glimmstängel weg zu bringen, bei weitem übertroffen. Insgesamt 58 Raucherinnen und Raucher beteiligten sich am Rauchstoppwettbewerb. 40 Personen galten sechs Monate nach dem Wettbewerbsstart als «Ex-Raucherinnen» oder «Ex-Raucher». Allerdings

nahmen vor allem Schweizerinnen und Schweizer am Wettbewerb teil. Die ausländische Bevölkerung nimmt das Rauchen als gesundheitliches Problem nur unzureichend wahr. Durch die Sensibilisierung der Bewohnerinnen und Bewohner des Telli-Quartiers fanden die diversen Rauchverbote in den Liften, Waschküchen und an mehreren Tischen in den Restaurants sehr gute Akzeptanz. Zusätzlicher Erfolg: Das lokale Einkaufszentrum wird im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Umbau zur «rauchberuhigten Zone» erklärt werden.

Die Website der Pilotregion Aarau:

www.telli-quartier.ch

Der Nutzen des APUG wird mit einer Studie zu den volkswirtschaftlichen Auswirkungen untermauert. Von 1997 bis Sommer 2005 – so das Ergebnis des Instituts für Politikfragen Interface – hat das Aktionsprogramm Umwelt und Gesundheit bei Kosten von 14 Millionen Franken im Bereich Gesundheit einen Nutzen von fast 20 Millionen Franken erwirkt (s. auch nebenstehende Infografik).

BAG «verzichtet» auf Gesundheit und Umwelt

Nun hat der Bundesrat allerdings im April 2005 beschlossen, im Rahmen der Aufgabenverzichtsplanung mit dem Abschluss der ersten Phase des APUG Ende 2007 auch die Sektion Gesundheit und Umwelt des BAG zu schliessen. Er will damit die Bearbeitung von umweltbezogenen Gesundheitsthemen im BAG beenden. Paradoxerweise geschieht dies zu einem Zeitpunkt, in dem das öffentliche Interesse an den Zusammenhängen zwischen Umweltfaktoren und Gesundheit der Menschen stark wächst und die Public Health-Ansätze sich der Umweltrelevanz immer stärker bewusst werden.

Aus auch für Kinderaktionsplan

Betroffen vom Sparbeschluss ist auch der Kinderaktionsplan für Umwelt und Gesundheit, auf den der Bundesrat – entgegen einer eingegangenen Verpflichtung an der Ministerkonferenz für Umwelt und Gesundheit in Budapest im Juni 2004 – verzichten will. Der Kinderaktionsplan wäre das APUG-Nachfolgeprogramm geworden. Denn Kinder und Jugendliche reagieren in ihren unterschiedlichen Entwicklungsphasen in ihrer körperlichen, seelischen und sozialen Entwicklung besonders empfindlich auf verschiedenste Umwelteinflüsse. Die Weltgesundheitsorganisation schätzt, dass in der Region Europa etwa ein Drittel der kindlichen Krankheiten auf Umwelteinflüsse zurückzuführen sind.

An der dritten Vorbereitungskonferenz der WHO Europa für die nationale Umsetzung des Aktionsplans Kinder, Umwelt und Gesundheit (CEHAPE) im März 2006 in Dublin stellte das WHO-Sekretariat fest, dass von den 44 anwesenden Staaten nur ein einziges Land keine koordinierten und systematischen Aktivitäten zugunsten von Kindern, ihrer Gesundheit und intakten Umwelt durchführte oder plante: die Schweiz.

Aus erster Hand



Als wir vor zehn Jahren mit der Erarbeitung des Schweizerischen Aktionsplans Umwelt und Gesundheit begannen, betraten wir für viele Leute Neuland. Es gab die einen, welche ihre ganze Energie darauf verwendeten, bessere Umweltbedingungen zu erreichen, und die anderen, welche die Gesundheit der Menschen verbessern wollten. Beide Gruppen stellten ihre Anliegen so sehr ins Zentrum, dass sie die Möglichkeiten einer für beide Seiten fruchtbaren Zusammenarbeit gar nicht erkennen konnten.

Ein Beispiel aus dem Bereich Ernährung illustriert dies: Es ist unbestritten, dass zu einer ausgewogenen Ernährung aus gesundheitlicher Sicht Früchte gehören. Dies wurde auch immer propagiert. Allerdings kümmerten sich die Fachleute nicht darum, woher denn die Früchte stammten, Hauptsache es wurde Obst gegessen, und seien es an Weihnachten Erdbeeren von der andern Seite der Erdkugel. Von den Umweltfachleuten wurde betont, wie wichtig es ist, Nahrungsmittel aus einheimischer Produktion zu konsumieren, und es gab schon mal erbitterte Diskussionen darüber, ob für ein Weihnachtsmenu ein Orangensalat mit Früchten aus Italien oder Spanien vorgeschlagen werden dürfe, oder ob sich das mit den Umweltanliegen überhaupt nicht vertrage. Heute dürfen wir feststellen, dass sich beide Seiten insoweit angenähert haben, dass beide auch immer wieder die Anliegen der andern in die eigenen Botschaften mit aufnehmen.

Im Bereich Mobilität war unser Anliegen aufzuzeigen, dass von einer gesundheitsförderlichen Mobilität sowohl die Menschen wie auch die Umwelt profitieren. In Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Sport (BASPO) ist es gelungen, die Empfehlung, sich 30 Minuten täglich zu bewegen, in weiten Kreisen bekannt zu machen. Ausgehend vom Slow up Murtensee haben sich diese Anlässe über die ganze Schweiz ausgebreitet. Das zeigt, dass sehr viele Menschen Lust an Bewegung haben und diese auch ausleben, wenn die Rahmenbedingungen dazu günstig sind. Diese Rahmenbedingung setzen im Alltag die zahlreichen Begegnungszonen, welche an vielen Orten der Schweiz bereits eingerichtet worden sind. Dank den Aktivitäten der Sektion Gesundheit und Umwelt wurden seinerzeit die gesetzlichen Grundlagen dafür geschaffen.

Ende 2007 geht die Ära des Aktionsplans Umwelt und Gesundheit zu Ende und ich hoffe, dass es uns in den zehn Jahren gelungen ist, die Zusammenarbeit von Umwelt und Gesundheit dauerhaft zu verankern.

Kontakt: Miges Baumann,
Sektion Gesundheit und Umwelt, BAG,
3003 Bern, Tel. 031 323 58 57,
miges.baumann@bag.admin.ch

www.apug.ch

Ursula Ulrich-Vöglin
Leiterin Sektion Gesundheit und Umwelt des Bundesamtes für Gesundheit



«Die multisektorale Zusammenarbeit ist zwar komplizierte

Luftverschmutzung. Der Kanton Tessin leidet ganz besonders unter den übermässigen Ozonimmissionen; hier wurden Ozon-Spitzen von über 300 N handeln. Um die Bevölkerung bei ausserordentlichen, aber vorhersehbaren Ereignissen künftig übereinstimmend und umfassend informieren zu können Umwelt (GOSA: Gruppo operativo salute e ambiente) gebildet, zusammengesetzt aus Vertretern des Tessiner Gesundheits- sowie des Umweltamtes und der Gesundheitsförderung, zieht nach zwei Jahren Bilanz über diese fächerübergreifende Zusammenarbeit.

spectra: Welche ausserordentlichen Ereignisse im Kanton Tessin haben dazu geführt, dass sich die Einsatzgruppe Gesundheit und Umwelt gebildet hat?

Antoine Casabianca: Ausschlaggeben für die Gründung der Gruppe war die Hitzewelle von 2003, die in anderen Ländern – namentlich in Frankreich – weitreichende Folgen für die Gesundheit hatte. Unsere Regierungsrätin, Gesundheitsdirektorin Patrizia Pesenti, hatte konstatiert, dass die Kantonsverwaltung für solche Ereignisse nicht gerüstet war – wegen Ferienabwesenheiten waren die meisten Zuständigen gar nicht in ihren Büros. Sie verlangte, dass ein ständiges Beratungsgremium eingerichtet wird, das sie und die ganze Regierung bei Krisen im Bereich Umwelt und Gesundheit berät.

Wer hat die Idee dazu gehabt und wie ist diese heute als vorbildlich geltende Zusammenarbeit zu stande gekommen?

Am Anfang gab es gewisse Widerstände seitens der Politiker, die lieber in den von ihnen verantworteten und kontrollierten Bereichen bleiben wollten. Aber rasch hat sich gezeigt, dass der Weg einer multisektoralen Zusammenarbeit nicht nur der kompliziertere, sondern auch der um einiges effizientere war. Man hätte auch erwarten können, dass die Zusammenarbeit schwierig ist, wird

doch das Gesundheitsdepartement von den Sozialdemokraten, das Umweltdepartement von der rechten Lega kontrolliert. In der Praxis hat die Zusammenarbeit aber gut funktionierte und wir haben sogar alle Organisationen, die im Umweltbereich tätig sind, mit einbezogen.

Wie klappt die Zusammenarbeit heute?

Heute ist dieses Netzwerk (www.ti.ch/gosa) gut eingespielt. Die Kommunikation funktioniert praktisch wöchentlich per E-Mail, drei- bis viermal im Jahr treffen wir uns zu Sitzungen. Für alle wichtigen Entscheide oder Veröffentlichungen werden sämtliche Beteiligten – alles in allem mehr als zwei Dutzend Personen – mit einbezogen.

Wirkt sich der gemeinsame und einheitliche Auftritt bereits auf das Verhalten der Bevölkerung aus?

Umfragen haben gezeigt, dass die Leute wissen, dass es Szenarien für Hitzewellen und Ozonbelastungen gibt. Drei Viertel der Befragten waren grundsätzlich auch einverstanden, dass man nötigenfalls den Verkehr limitiert. Für viele Leute ist es schwer verständlich, dass Massnahmen nicht sofort ergriffen werden, wenn die Werte ein paar Tage zu hoch sind. Zum einen sehen die Leute nicht, was alles an präventiven Massnahmen schon unternommen wird. Zum

anderen muss man ihnen erklären, dass die persönliche Freiheit einschränkende und weitere drastische Massnahmen erst bei den festgelegten Grenzwerten eingeleitet werden und nur dann, wenn diese Einschränkungen auch einen Effekt versprechen. Es hat keinen Sinn, für einen oder zwei Tage die Tempolimits auf den Autobahnen zu senken, wenn die Prognosen zeigen, dass die Belastung bis dahin wieder sinken wird. Für die Installation der entsprechenden Beschilderung benötigt die Polizei Dutzende von Stunden. Dafür haben wir beschränkte Ressourcen. Wir haben festgestellt, dass ein Teil der Bevölkerung eine regelmässigere Information wünscht, um die Situation einschätzen zu können, bevor die Krise eintritt. Also haben wir jetzt bei Meteo Schweiz die entsprechenden Informationen abonniert und können demnächst diese der Bevölkerung permanent zur Verfügung stellen.

Welche einschränkenden Massnahmen können Sie ergreifen, neben den Tempolimits auf den Autobahnen?

Grundsätzlich gibt unser Gesundheitsgesetz im Artikel 37 die Möglichkeit, Aktivitäten von Wirtschaft, Mobilität usw. einzustellen zu lassen, wenn eine schwerwiegende Gesundheitsgefährung für die Bevölkerung besteht. Im Extremfall, beispielsweise ein grosser Chemieunfall, kann

verordnet werden, dass niemand mehr draussen unterwegs sein darf, dass alle Leute zu Hause bleiben und dies Fenster schliessen müssen. Bis heute musste dieser Artikel glücklicherweise nie beansprucht werden. Im Strassenverkehr denkbar sind neben Tempobeschränkungen auch alternierende Fahrverbote für Autos mit geraden oder ungeraden Nummern und Ähnliches. Der Kanton hat verfügt, dass Autos der Kantonsverwaltung mit Partikelfilter ausgerüstet werden. Schön wäre es, wenn auch die massiven Dieselverbraucher wie der «Gelbe Riese» oder das Militär in dieser Hinsicht ihre Verantwortung gegenüber der Umwelt wahrnehmen würden!

Andere Massnahmen, die ergriffen werden können, betreffen die Wirtschaft. Bei hoher Luftverschmutzung kann beispielsweise die Arbeitszeit für Bauarbeiter im Freien beschränkt oder anders organisiert werden. Viele solcher Massnahmen – etwa die Schaffung von Schatten oder das Zurverfügungstellen von ausreichend zu trinken – werden als Empfehlungen zur freiwilligen Umsetzung abgeben. Der Arbeitgeberverband (z.B. SSIC) unterstützt diese auch vom Seco und von der SUVA propagierten Schutzmassnahmen.

Gibt es andere Kantone, die sich für die Pionierleistungen des Kantons Tessin interessieren?

Wir stehen im Kontakt mit dem Kanton Genf, wo mehr oder weniger die gleiche Struktur entstanden ist. Es gibt zwei weitere Kantone, die sich interessieren, andere überhaupt nicht.

Wie sind die Beziehungen zu den umliegenden Gebieten, z.B. zur Lombardei?

In der Regio Insubrica – Tessin und den Provinzen Piemont und Lombardei – gibt es eine Arbeitsgruppe Umwelt und Gesundheit, in der die GOSA vertreten ist. Wir versuchen, auch wenn dies nicht immer einfach ist, einen gemeinsamen Nenner zu finden, was Grenzwerte, Information der Bevölkerung und Massnahmen betrifft. Während es gelungen ist, sich in vielen Bereichen aufeinander abzustimmen, gibt es auch Differenzen. Beispielsweise bei den Ozongrenzwerten. Ziel ist es, demnächst für das Publikum im Internet eine Plattform zu schaffen, wo man sich einfach auch über die Aktivitäten in Tessin und Norditalien rasch informieren kann.

Was ja durchaus Sinn macht, das die Luftverschmutzung sich nicht an Landesgrenzen hält...

Genau, ein grosser Teil der Luftver-

Forum

Unscheinbare, aber effektvolle Verbindungen

Der Flügelschlag eines Schmetterlings im Urwald kann in Europa einen Orkan auslösen: In unserer Welt bestehen unendlich viele Abhängigkeiten, und kleine Ursachen können unvorhersehbare Wirkungen haben. Auch Umwelt, Gesundheit und Landwirtschaft sind über viele, feine Fäden miteinander verbunden. So gestaltet die Landwirtschaft die Landschaft der Schweiz. Sie pflegt den Lebens- und Erholungsraum der einheimischen Fauna und Flora und der Menschen. Bewegung in der Natur ist ein wesentlicher Bestandteil eines gesunden Lebensstils. Wer

möchte aber am Sonntag durch ein nicht enden wollendes Maisfeld spazieren? Dank den 60'000 bürgerlichen Familienbetrieben sind wir in der Schweiz (noch?) weit von den industriellen Grossbetrieben vieler anderer Länder entfernt. Die gepflegte Kulturlandschaft, angereichert mit Ökoflächen, Hecken, Naturwiesen und Hochstammbäumen, sichert den ökologischen Wert der Natur und sorgt dafür, dass auch bei uns farbenprächtige Schmetterlinge fliegen. Doch Landwirtschaft ist nicht nur für die Landschaftsgestaltung zuständig. Ihre Hauptaufgabe ist die Produktion von Nahrungsmitteln. Klar, man kann billige Nahrungsmittel aus allen Ecken der Welt einführen: Kartoffeln aus Israel, Heidelbeeren aus Brasilien, Lammfleisch aus Neuseeland, Fisch aus Vietnam. Ganz abgesehen vom energetischen Unsinn bringt die regionale Produktion entscheidende Pluspunkte. Unsere Bauern legen grossen Wert auf eine umweltschonende, nachhaltige, tiergerechte und soziale Produktion. Übermässiger Chemikalieneinsatz, Abholzen von wertvollen Waldbeständen, riesige Monokultu-

ren, mit Antibiotika in vierstöckigen Ställen gemästete Tiere oder menschenunwürdige Arbeitsbedingungen sind kein Thema. Früchte und Gemüse können zum optimalen Reifezeitpunkt geerntet werden, da sie innert Stunden beim Konsumenten sind. Nahrungsmittel aus der Region enthalten so ein Maximum an Vitaminen und Nährstoffen und tragen zur Gesundheit der Bevölkerung bei. Der Schweizerische Bauernverband und das Bundesamt für Gesundheit (BAG) haben in verschiedenen Projekten zusammengearbeitet, um die zahlreichen Verknüpfungen zwischen Umwelt, Gesundheit und Landwirtschaft aufzuzeigen: Sei dies beim Brunch auf dem Bauernhof oder dem Messestand «Natürlich fit – Cultivez votre santé». Ich hoffe, dass diese Flügel vom BAG nicht wie geplant gestutzt werden, sondern weiter schlagen und einen breiten Effekt haben!

Hansjörg Walter
Präsident Schweizerischer Bauernverband, Brugg





er, aber auch viel effizienter»

Mikrogramm pro Kubikmeter erreicht. Die Behörden sahen sich gezwungen zu
nen, wurde nach dem Hitzesommer 2003 eine Einsatzgruppe Gesundheit und
und der Umweltverbände. Antoine Casabianca, kantonaler Beauftragter für



Antoine Casabianca

schmutzung im Tessin stammt aus Norditalien.

Sie reagieren auf aussergewöhnliche Situationen. Was können Sie präventiv unternehmen?

Unsere Gruppe befasst sich in erster Linie mit den Themen Hitzewelle, Ozon und Feinstaub. In jedem dieser Bereiche gibt es strukturelle Massnahmen, die ergriffen werden müssen, bevor es zur Krise kommt. Nehmen wir das Beispiel der Hitzewelle: Dort warten wir natürlich nicht, bis es sehr heiß wird, um die notwenigen Informationen an die Gemeinden und Einrichtungen wie Altersheime usw. zu geben. Sobald die Temperaturen im Sommer steigen, werden bereits überall Massnahmen ergriffen – in den Schwimmbädern, den Heimen, den Gefängnissen, den Spitäler, um so zu verhindern, dass kranke oder ältere Menschen die gesundheitlichen Konsequenzen der Hitzewelle tragen müssen. Neben den strukturellen Massnahmen gibt es auch die konjunkturellen, beispielsweise eine ganze Palette von Empfehlungen, etwa diejenige, dass die Menschen ausreichend trinken sollen. Wenn dann die vorher definierte Alarmgrenze erreicht ist, informieren wir die gesamte Bevölkerung über Radio, Fernsehen und in Zusammenarbeit mit Meteo Schweiz auch im Rahmen der Wetterinformationen. Seit Anfang Juni ist alles bereit, aber erst wenn das unter Mitwirkung von Meteo Schweiz entwickelte Alarmszenario eintrifft, werden diese Kommunikationsmaßnahmen umgesetzt.

Denken Sie, dass der Kanton Tessin mit seinen Wünschen auch beim Bund auf offene Ohren stösst?

Ich denke schon. Anfang Juni hat die Kantonsregierung auf unsere Empfehlung beim Bundesrat interveniert, um deutlich zu machen, dass es neben dem geltenden Bundesgesetz (es erlaubt die Herabsetzung der Höchstgeschwindigkeit auf Autobahnen während acht Tagen) auch abweichende Lösungen für den Kanton Tessin geben muss. Aufgrund dieser Intervention konnte im Department

Leuenberger die Anpassung der entsprechenden Regelung vorbereitet worden, die es ermöglicht, dass die Kantone mit spezifischen Problemen über Tempobeschränkungen auf ihren Autobahnen lokal entscheiden können.

Wie beurteilen Sie den Umgang und die Aktivitäten des Bundes in der Luft-Thematik?

Wenn man sich die verschiedenen Internet-Adressen anschaut, sieht man, dass auf diesem Gebiet viel gearbeitet wurde. Andererseits hab ich den Eindruck, dass in letzter Zeit nicht mehr viel passiert. Es scheint, dass man Mühe hat, Massnahmen in die Wege zu leiten, welche starke Interessen tangieren und welche mit der Wirtschaft oder lieb gewonnenen Gewohnheiten der Bevölkerung in Konflikt geraten. Es kommt nicht von ungefähr, dass die Schweiz heute nur noch etwa auf dem 20 Platz rangiert bei den Ländern, die sich für die Luftreinhaltung einsetzen. Die Schweiz, die bei der Schaffung der Umweltschutzgesetze an der Spitze war, hat zunehmend Mühe, diese Gesetze einzuhalten und neue Massnahmen zu beschliessen.

Sie haben im Tessin gute Erfahrungen gemacht mit der Zusammenarbeit von Umwelt und Gesundheit. Der Bund geht andere Wege und schliesst im BAG die Sektion Gesundheit und Umwelt. Was halten Sie davon?

Die Schliessung dieser Sektion beim BAG ist kein gutes Zeichen, weder für die Umweltpolitik noch für die Kantone. Dort wird sie die departementsübergreifende Zusammenarbeit bestimmt nicht fördern. Es wäre gut, wenn diese Entscheidung noch einmal überdacht würde. Ich hoffe zumindest, dass die neue Bundesrätin Doris Leuthard die Philosophie des Aktionsplans Umwelt und Gesundheit und die Umweltpolitik verteidigen wird – immerhin war sie eine der Botschafterinnen des APUG.

Unser Gesprächspartner

Antoine Casabianca, geboren 1951, ist seit 1994 Leiter des Büros für Gesundheitsförderung und -evaluation beim Gesundheitsdienst des Kantons Tessin und kantonaler Beauftragter für Gesundheitsförderung. Er ist insbesondere verantwortlich für Programme im Bereich Soziales und Umwelt und Nachhaltige Entwicklung. Ursprünglich Betriebswirtschafter, bildete sich Casabianca in England, Spanien und Frankreich weiter in Public Health. Er ist verheiratet und Vater zweier erwachsener Kinder und lebt in Salorno.

Motorenbenzin – eine gefährliche Alltagschemikalie

Informationskampagne. Der Umgang mit Motorenbenzin führt immer wieder zu Unfällen. In der Schweiz gelangt bei rund 70 Personen jährlich Benzin in den Mund, was lebensbedrohliche Folgen haben kann. Hautkontakt erhöht zudem das Risiko, an Blutkrebs (Leukämie) zu erkranken. Mit einer Informationskampagne macht nun das Bundesamt für Gesundheit (BAG) auf die Gefahren aufmerksam.

Die breite Verfügbarkeit und leichte Zugänglichkeit von Motorenbenzin für nahezu jedermann ist aus unserem Alltag nicht mehr wegzudenken. Diese Annehmlichkeit verdanken wir nicht zuletzt den aktuellen rechtlichen Bestimmungen. Das gesundheitsschädliche, hochentzündliche und umweltgefährliche Motorenbenzin ist im Chemikalienrecht geregelt und wird aufgrund von Ausnahmeregelungen in Selbstbedienung abgegeben. Würde Motorenreibstoff unter die Abgaberegelungen fallen, die seiner Gefährlichkeit entsprechen und die für die meisten anderen Chemikalien, die im Alltag anzutreffen sind, gelten, so müssten Eltern für ihre Kinder das Moped auftanken. Tankstellenangestellte wären zudem verpflichtet, den privaten Autofahrer vor jedem Tanken über die Gefahren im Umgang mit Motorenbenzin, sowie über die nötigen Sicherheits- und Erste-Hilfe-Massnahmen zu informieren.

Unfälle und Vergiftungen

Das Schweizerische Toxikologische Informationszentrum erhält im Jahresdurchschnitt 110 Anfragen zu Vergiftungen mit Benzin. Meist sind Erwachsene betroffen. In rund zwei Dritteln der Fälle gelangt Benzin in den Mund, was zu Verätzungen der Schleimhäute und zu einer lebensgefährlichen chemischen Lungenentzündung führen kann. Solche Unfälle ereignen sich am häufigsten beim Ansaugen von Benzin durch einen Schlauch zum Entleeren eines falsch gefüllten Tanks. Gelegentlich führen auch mit Benzin gefüllte Getränkeflaschen zu Unfällen, weil achnungslose Drittpersonen vom Inhalt trinken. Deshalb empfiehlt das BAG, Benzin oder andere chemische Substanzen keinesfalls in Getränkeflaschen abzufüllen und einen falsch gefüllten Tank in einer Autogarage entleeren zu lassen. Bei rund 14 Prozent der registrierten Vergiftungsfälle mit Benzin wurden Benzindämpfe eingeatmet. Dies führte zu Schwindel, Kopfschmerzen, Erbrechen, Benommenheit und in schweren Fällen zu Ohnmacht. Bei weiteren 14 Prozent gelangten Benzinspritzer in die Augen und verursachten Brennen und Schmerzen.

Benzol fördert Leukämie

Ausserdem fördert das im Motorenbenzin enthaltene krebsverursgende Benzol die Entstehung von Leukämie. Benzol entweicht aus den Auspuffen von Kraftfahrzeugen und bei Tankstellen. Es wird über die Atmung aufgenommen und führt so zu einer Grundaufnahme, die in Sied-



Mit Flyern und Aufklebern warnt das Bundesamt für Gesundheit vor den Gefahren im Umgang mit Motorenbenzin.

lungszentren in der Schweiz rund 20 Mikrogramm in 24 Stunden beträgt. Dem gegenüber nimmt geradewegs mehrere Tausend Mikrogramm über die Haut auf, wer seine Hände mit Motorenbenzin z.B. von Öl reinigt. Hautkontakt mit Motorenbenzin muss deshalb vermieden werden.

Gefahren bewusst machen

Um die Bevölkerung auf die Gefährlichkeit des Motorenbenzins aufmerksam zu machen und einen sichereren Umgang zu fördern, lanciert das BAG eine Informationskampagne. Der Flyer «Vorsicht im Umgang mit Motorenbenzin» wird in diversen Tankstellenshops in der Schweiz gratis an die Kunden abgegeben. Die Abgabe erfolgt zeitgleich mit dem Anbringen von Benzinklebern mit der neuen Gefahrenkennzeichnung auf den Tanksäulen. Gefahrensymbole wie z.B. das Totenkopf-Symbol dienen als Blickfang und werden mit Hinweisen zu den besonderen Gefahren und mit Sicherheitsratschlägen wie «Kann Krebs erzeugen», «Darf nicht in die Hände von Kindern gelangen», ergänzt.

Weitere Informationen sowie den Flyer «Vorsicht im Umgang mit Motorenbenzin» finden Sie unter www.bagchem.ch, -> Chemikalien von A-Z -> Benzin.

Kontakt: Eva Reinhard,
Leiterin Abteilung Chemikalien, BAG,
3003 Bern, oder Claudia Vassella,
Abteilung Chemikalien,
bag-chem@bag.admin.ch,
Tel. 031 322 96 40



Feinstaub, Ozon und Hitze schädigen die Gesundheit

Luftqualität/Klima. Jährlich sterben in der Schweiz mehr als 3700 Personen frühzeitig an den Folgen der Luftverschmutzung. Hauptursache: Feinstaub. Aber auch hohe Ozonbelastungen und grosse Hitze (1000 Hitzetote im Jahr 2003!) verursachen erhebliche gesundheitliche Folgen. Deshalb hat das Bundesamt für Gesundheit (BAG) die Information zu diesen Themen verstärkt und entsprechende Themen-Webportale aufgeschaltet.



Industrie und Gewerbe verursachen mehr als einen Viertel der Feinstaub-Belastung.

Geut 40 Prozent der Schweizer Bevölkerung oder rund 3 Millionen Menschen atmen regelmässig zu viel gesundheitsschädigenden Feinstaub ein. Im vergangenen Winter wurde der Feinstaub-Tagesgrenzwert von 50 Mikrogramm pro Kubikmeter ($\mu\text{g}/\text{m}^3$) im Mittelland immer wieder überschritten. Teilweise wurden Tageswerte von 150 $\mu\text{g}/\text{m}^3$, vereinzelt gar Werte über 200 $\mu\text{g}/\text{m}^3$ gemessen. Auch der Ozon-Immissionsgrenzwert von 120 $\mu\text{g}/\text{m}^3$ wird regelmässig überschritten. Die Ozonwerte steigen oft parallel zu den Temperaturen an. Um die Kompetenzen und die Sensibilität der Bevölkerung bezüglich der Feinstaub-, Ozon- und Hitzebedrohung zu stärken und die Menschen dafür umfassend aufzuklären, hat

das BAG die beiden Internetportale www.feinstaub.ch sowie www.hitzewelle.ch realisiert (in die Website des Aktionsplans Umwelt und Gesundheit, www.apug.ch, integriert), und gemeinsam mit Cercle'Air (Schweizerische Gesellschaft der Lufthygiene-Fachleute) und dem Bundesamt für Umwelt (BAFU) auf www.ozoninfo.ch auch die Ozon-Information verstärkt.

Die Quellen des Feinstausbs

Laut einer Studie des BAFU aus dem Jahre 2000 verursachen über das ganze Jahr gerechnet vor allem der Verkehr (ca. 29%), die Land- und Forstwirtschaft (ca. 37%) sowie Industrie und Gewerbe (ca. 27%) Feinstaub. Rund 7% stammen aus Haushalten. Dabei gibt es starke saisonale Schwankungen. Nicht ganz die Hälfte aller Feinstäube stammt aus der unvollständigen Verbrennung von Treib- und Brennstoffen inklusive Holz. Hier spielen Dieselmotoren eine wesentliche Rolle: Dieselschluss von Lastwagen, Personenwagen, Baumaschinen und Traktoren ist für einen grossen Teil der Belastung verantwortlich.

Gesundheitliche Folgen von Feinstaub

Die so freigesetzten kleinsten Feinstaubpartikel, auch PM 10 genannt, werden in der Nase nicht ausgefiltert und gelangen tief in die Lunge, in die Lungenbläschen und von dort unter Umständen in die Blutbahn und in die Organe. Vor allem Risikogruppen wie Kranke, Kinder und ältere Menschen reagieren darauf mit Abwehrreaktionen. Die möglichen Folgen: chronischer Husten, Bronchitis, Asthmaanfälle, Atemnot, Lungeninfektionen oder gar Lungenkrebs. Auch Herz-Kreislauf-Beschwerden können auftreten – das Herzinfarktrisiko nimmt mit steigender Feinstaub-

Belastung zu. Das Bundesamt für Raumplanung (ARE) rechnet gemäss einer 2004 veröffentlichten Studie in der Schweiz mit über 3'700 frühzeitigen Todesfällen pro Jahr als Folge der Feinstaubbelastung, 1'400 davon sind verkehrsbedingt.

Feinstaub auch im Innern

Feinstaub ist übrigens auch in Innenräumen ein Problem. Hauptursache hier: Tabakrauch. Aber auch unvollständige Verbrennungsprozesse (z.B. Cheminées, Gasöfen, Kerzen und Räucherstäbchen) verursachen in Räumen Feinstaub. In Restaurants ohne Rauchverbot beispielsweise liegen die Feinstaubwerte zwischen 150 und 1'000 Mikrogramm pro Kubikmeter, also bis zu 20-mal höher als der nur einmal erlaubte Tagesmittel-Grenzwert an der «frischen Luft». Passivrauchen ist also auch ein gesundheitliches Feinstaubproblem.

Gefahr Ozon

Ozon bildet sich bei intensiver Sonneninstrahlung vorwiegend im Frühling und Sommer aus Stickoxiden und flüchtigen organischen Verbindungen. Diese entstehen vor allem durch den Verkehr, durch industrielle Prozesse sowie die Anwendung von lösemittelhaltigen Produkten. Die gesundheitlichen Folgen: Augenbrennen, Schleimhautreizungen und Entzündungsreaktionen in den Atemwegen. Eine erhöhte Ozonbelastung kann die Lungenfunktion sowie die körperliche Leistungsfähigkeit beeinträchtigen. Auch Todesfälle werden auf stark erhöhte Ozonwerte zurückgeführt: Im Hitzesommer 2003 wurden etwa 150 bis 300 Todesfälle sowie zusätzliche Spital-eintritte durch Ozon verursacht.

Mögliche Massnahmen

Was also tun? Um die Feinstaub-

Auch Hitze tötet

Der Hitzesommer 2003 gilt heute als grösste Naturkatastrophe in Europa seit dem 15. Jahrhundert mit etwa 35'000 zusätzlichen Todesfällen. Allein in der Schweiz waren rund 1000 Tote zu beklagen, dies zeigt eine Studie des Instituts für Sozial- und Präventivmedizin der Universität Basel. Unter der Hitze leiden vor allem ältere Personen oder Pflegebedürftige. Sie benötigen an Hitzetagen spezielle Zuwendung und Betreuung, da sie weniger schwitzen und ihr Durstgefühl vermindert ist. Wenn es heiss wird gilt: Körperliche Anstrengungen vermeiden, Hitze aussperren, den Körper kühlen, viel trinken (mindestens 1,5 Liter pro Tag) und leicht essen.

Detaillierte Infos unter www.hitzewelle.ch (integriert in die APUG-Website).

und Ozonbelastung zu reduzieren gelten unter anderem folgende allgemeine Verhaltensempfehlungen:

- Zu Fuss gehen, Velo fahren, die öffentlichen Verkehrsmittel benutzen.
- Kein Dieselfahrzeug ohne Filter fahren.
- Regionale und saisonale Produkte einkaufen.
- Lösemittelfreie oder -arme Produkte verwenden.

Weitere Empfehlungen auf www.feinstaub.ch und www.ozon-info.ch.

Kontakt: Miges Baumann, Sektion Gesundheit und Umwelt, BAG, 3003 Bern, Tel. 031 323 58 57, miges.baumann@bag.admin.ch

Schliessung Sektion Gesundheit und Umwelt umstritten

«Verzicht inakzeptabel»

Die Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz (AefU), die Schweizerische Gesellschaft für Pädiatrie sowie das Forum für Praxispädiatrie erachten den Verzicht auf die Sektion Gesundheit und Umwelt des Bundesamtes für Gesundheit (BAG) sowie auf den Kinderaktionsplan als inakzeptabel (s. Artikel der Schweizerischen Ärztezeitung Nr. 11/2006 vom 15. März 2006). Dieser Verzicht bedeute eine erhebliche Schwächung der Bearbeitung von wichtigen Aufgaben und Herausforderungen im Kampf gegen umweltbedingte Krankheiten, speziell bei Kindern. Die drei Ärzteorganisationen bitten

ihre Kolleginnen und Kollegen, die Petition zu unterschreiben, mit welcher der Bundesrat aufgefordert wird, auf seinen Entscheid zurückzukommen und den gesundheitlichen Gefahren der Umweltbelastung das nötige Gewicht beizumessen. Schliesslich habe die BAG-Sektion Gesundheit und Umwelt in diesem Bereich wertvolle Arbeit geleistet; sie habe umweltbezogene Gesundheitsthemen im Sinne der Vernetzung in andere Bundesämter und Politikbereiche eingebracht und die Bestrebungen des Bundes zur Nachhaltigen Entwicklung stark geprägt.

Impressum

Nr. 58, August 2006

Textbeiträge:
Mitarbeitende des BAG, Christoph Hoigné, weitere Autoren

Fotos: APUG, Christoph Hoigné

Gestaltung:
Lebrecht typ-o-grafik, 3018 Bern
Druck: Büttiger AG, 4562 Biberist

Auflage: 7000 Ex. deutsch 4000 Ex. franz., 1500 Ex. engl.

Einzelexemplare und Gratisabonnemente von «spectra» können bestellt werden bei:
Bundesamt für Gesundheit
Sektion Kampagnen, 3003 Bern
Tel. 031 323 87 79, Fax 031 324 90 33
kampagnen@bag.admin.ch

Die nächste Ausgabe erscheint im Oktober 2006.

Herausgeber:
Bundesamt für Gesundheit, 3003 Bern
Tel. 031 323 87 79, Fax 031 324 90 33
www.bag.admin.ch

Realisation:
Pressebüro Ch. Hoigné
Allmendstr. 24, 3014 Bern
hoigne@datcomm.ch

Leitung Redaktionskommission:
Adrian Kammer,
adrian.kammer@bag.admin.ch

Nachhaltige Tabakprävention finanzieren

Tabakpräventionsfonds. Seit Herbst 2003 fliessen vom Kaufpreis eines jeden Zigarettenpäcklis 2,6 Rappen in einen Präventionsfonds, das macht jährlich rund 18 Millionen Franken. Der Tabakpräventionsfonds finanziert Massnahmen, die effizient und nachhaltig zur Reduktion des Tabakkonsums beitragen. 20 bis 30% der Mittel sind für Tabakpräventionsprojekte im Sport reserviert. Von den bis Ende 2005 beim Fonds eingegangen 106 Gesuchen konnten 53 bewilligt werden.

Der Tabakpräventionsfonds wurde eingerichtet, um insbesondere Präventionsmassnahmen zu finanzieren, die den Einstieg in den Tabakkonsum verhindern, den Ausstieg fördern und die Bevölkerung vor dem Passivrauchen schützen. Der Tabakpräventionsfonds wird durch die Abgabe von 2,6 Rappen pro verkauft Zigarettenpackung finanziert. Pro Jahr stehen damit der Tabakprävention rund 18 Millionen Franken zur Verfügung (Tendenz sinkend).

Konsum langfristig verringern

Der Tabakpräventionsfonds hat den Zweck, Präventionsmassnahmen zu finanzieren, die effizient und nachhaltig zur Verminderung des Tabakkonsums beitragen. Die Gelder des Fonds fliessen in die Handlungsfelder

- Einstieg verhindern;
- Ausstieg fördern (Entwöhnung);
- Schutz vor Passivrauchen;
- Sensibilisierung und Information der Öffentlichkeit;
- Vernetzung der in der Tabakprävention tätigen Organisationen und Schaffung von präventionsunterstützenden Rahmenbedingungen;
- Förderung der Forschung;
- Tabakprävention im Bereich Sport und Bewegung.

Vom Tabakpräventionsfonds unterstützte Projekte müssen hohen qualitativen Anforderungen genügen und einen Beitrag zur nationalen Tabakpräventionsstrategie leisten. Die aktuell geltende Strategie ist im Nationalen Programm zur Tabakprävention (NPTP) 2001–2007 festgehalten. Die zukünftige Strategie, welche das NPTP ablösen wird, steht zurzeit im Rahmen eines partizipativen Prozesses mit allen Mit interessierten in Entwicklung.

Fachstelle im BAG

Der Fonds wird von einer Fachstelle im Bereich Gesundheitspolitik des



Mit Computersimulation zeigt die Lungenliga beider Basel jungen Frauen wie sie in dreissig Jahren aussehen könnten – als Nichtraucherin oder als Raucherin.



Bundesamtes für Gesundheit (BAG) verwaltet.

Die Fachstelle Tabakpräventionsfonds nimmt die Gesuche entgegen, ist zuständig für die Gesamtkoordination des Beurteilungsprozesses. Seit der Aufnahme der operativen Tätigkeit des Fonds am 1. April 2004 sind bis heute rund 150 Gesuche beim Fonds eingegangen. Von den bis Ende 2005 eingegangenen 106 Gesuchen konnten 53 bewilligt werden konnten (Beispiele s. Kasten). Die Fachstelle Tabakpräventionsfonds im BAG wird von zwei Mitarbeitenden geführt und durch die Abteilungen Recht, Kommunikation, Personal, Finanzen und Controlling unterstützt.

Das Verfahren zur Gesuchsprüfung

Der Tabakpräventionsfonds wird bei der Gesuchsprüfung von einer externen, autonomen und unabhängigen Konsultativgruppe unterstützt. Die Schaffung dieser Gruppe im Herbst 2005 hat laut Fachstellenleiter Peter Blatter zu einer wesentlichen Entlastung der Fachstelle geführt. Die Gesuche können seither schneller bearbeitet werden. Da die Konsultativgruppe dreimal jährlich zusammenkommt, treffen die Gesuche gestaffelt auf diese Termine (die auch auf der

Homepage publiziert sind) ein.

Die Fachstelle Tabakpräventionsfonds ist zuständig für die Aufbereitung der Dossiers (Zweckkonformität, Qualität, Einholen von Expertisen), für die Koordination des gesamten Beurteilungsprozesses und stellt der Konsultativgruppe die Sekretariatsdienstleistungen zur Verfügung. Die Konsultativgruppe prüft die Gesuche und formuliert ihre Empfehlungen an den Direktor des BAG, bei Gesuchen über Fr. 100'000.– unter Bezug von zwei externen Gutachten. Der Entscheid über die Gesuche wird durch den Direktor des BAG gefällt.

Die Konsultativgruppe

Präsident

Dr. Georges Demierre,
ehemaliger Kantonsarzt Freiburg

Mitglieder

Dr. Gaudenz Bachmann, Stv. Kantonsarzt Sankt Gallen
Prof. Rainer Hornung,
Universität Zürich
Prof. Claude Jeanrenaud,
Universität Neuenburg
Dr. Brian Martin,
Bundesamt für Sport, Magglingen
Prof. Jürgen Rehm,
Universität Zürich
Dr. Flavia Schlegel,
Bundesamt für Gesundheit

Kommunikation

Der Tabakpräventionsfonds informiert vorwiegend über die Website www.tabak-praevention.ch. Darauf sind alle erforderlichen Grundlagen, Informationen und Instrumente verfügbar. Außerdem werden Informationen zu den bewilligten Projekten sowie Angaben zur Trägerschaft und Finanzierungshöhe gegeben. Außerdem werden ebenfalls die Jahresberichte auf dem Web publiziert.

Hohe soziale Kosten

Obwohl die Schädlichkeit des Rauchens bekannt und wissenschaftlich erwiesen ist, erfreut sich die Zigarette in der Schweiz nach wie vor grosser Beliebtheit, 30% der Bevölkerung rauchen. Im europäischen Vergleich hat unser Land eine der höchsten Konsummengen pro Kopf. Das Rauchen ist eine erhebliche Belastung für die Gesellschaft: Jedes Jahr sterben in der Schweiz mehr als 8'000 Menschen vorzeitig an den Folgen des Tabakkonsums, und Tausende erkranken schwer. Die direkten Kosten, die durch den Tabakkonsum verursacht werden, belaufen sich auf rund fünf Milliarden Franken jährlich.

Der Tabakkonsum wirkt sich nicht nur für die Raucherinnen und Raucher hochgradig gesundheitsschädigend aus, sondern ebenfalls für diejenigen Menschen, die dem Passivrauchen ausgesetzt sind. Passivrauchen kann bei Nichtraucherinnen und Nichtrauchern zu mannigfaltigen Erkrankungen führen und fordert täglich ein Todesopfer in der Schweiz.

Der Bundesrat hat sich zum Ziel gesetzt, den Anteil Rauchender in der Schweiz auf 20 bis 25% zu senken. Die dazu erforderliche Strategie ist im Nationalen Programm zur Tabakprävention 2001–2007 festgehalten. Eine erfolgreiche und breite Umsetzung dieser Strategie wäre ohne die Mittel des Tabakpräventionsfonds kaum durchführbar. Entsprechend können aus den Fondsgeldern ausschliesslich Projekte der Tabakprävention finanziert werden, die diese Strategie unterstützen.

Rauchfrei bei der Arbeit, unterwegs und beim Sport

«arbeitsplatz.rauchfrei»

Mit der Aktion «arbeitsplatz.rauchfrei» wollen das BAG, das Staatssekretariat für Wirtschaft und der Branchenverband der schweizerischen Krankenversicherer santéuisse Unternehmens in der Schweiz motivieren, ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor dem Passivrauchen zu schützen und sich am Prozess und Wettbewerb «arbeitsplatz.rauchfrei» zu beteiligen. Unterstützungsbeitrag des Tabakpräventionsfonds: Rund 600'000 Franken.

Rauchfreier öV

Der Verband öffentlicher Verkehr führte mit dem Fahrplanwechsel am 11. Dezember 2005 schweizweit rauchfreie geschlossene Räume im öffentlichen Verkehr ein. Schweizweit wurden alle geschlossenen Räume und Züge im öffentlichen Verkehr auf rauchfrei umgestellt. Somit sind Kundinnen und Kunden aber auch das Personal des

öffentlichen Verkehrs vor schädlichem Passivrauch geschützt. Unterstützungsbeitrag: 1 Mio. Franken.

«cool and clean»: Tabakpräventionsprojekt im Schweizer Sport

«cool and clean» ist das Tabakpräventions- und Gesundheitsförderungsprogramm der drei Trägerorganisationen Swiss Olympic, Bundesamt für Sport und BAG. Über die Kanäle des organisierten Sports wird mit «cool and clean» ein grosser Teil der Schweizer Bevölkerung für die Themen der Tabakprävention sensibilisiert. Unterstützungsbeitrag: 5 Mio. Franken.

Beobachter KOMPAKT «Rauchstopp»

Zum «Welttag ohne Tabak» am 31. Mai 2006 erschien eine Ausgabe des «Beobachter KOMPAKT» zum Thema Rauchstopp. Zusätzlich zur gedruckten Ausgabe stehen die Inhalte als Pdf-Dateien, eine Linkliste

von Beratungsangeboten zum Rauchstopp und ein Internet-Forum zum Thema im Internet zur Verfügung. Unterstützungsbeitrag: 99'000 Franken.

smoke-effects – make up your mind

Die Lungenliga beider Basel zeigt im Rahmen dieses Projekts jungen Frauen ihr mögliches Aussehen in 30 Jahren als Raucherin – oder als Nichtraucherin. Mittels einer Software zur digitalen Bildbearbeitung werden die Auswirkungen des Tabakkonsums auf das Altern und auf die Schönheit verdeutlicht.

Raucherinnen werden zu einem Rauchstopp motiviert und dabei unterstützt.

smoke-effects wird an öffentlichen Veranstaltungen (z.B. an der Messe Gesund 2006 in Basel) präsentiert. Unterstützungsbeitrag: 240'000 Franken.

Kontakt: Peter Blatter, Fachstelle Tabakpräventionsfonds, BAG, 3003 Bern, Tel. 031 323 87 66, peter.blatter@bag.admin.ch

www.tabak-praevention.ch

Cabaret-Tänzerinnen und Sexarbeiterinnen über HIV/Aids informieren

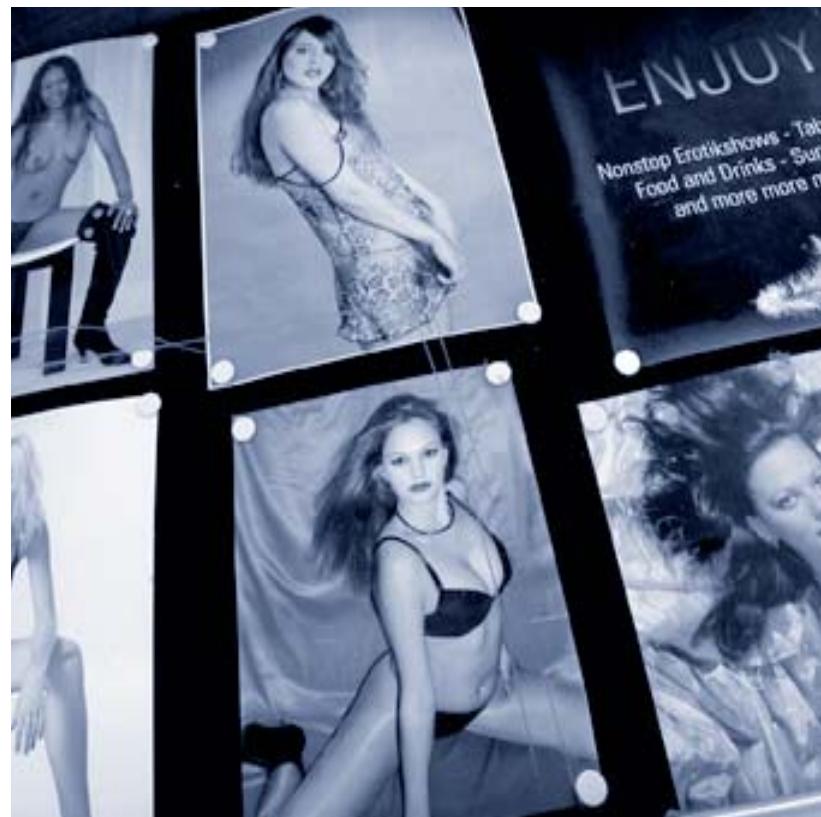
Information im Bewilligungsverfahren. Im Rahmen des Nationalen HIV/Aids-Programms werden auch Sexarbeiterinnen und Cabaret-Tänzerinnen über Aids und andere sexuell übertragbare Krankheiten informiert. Zentral ist dabei die Präventionsarbeit von Mediatorinnen, welche die Frauen kontinuierlich in den Cabarets und Etablissements besuchen. Ein weiterer Ansatzpunkt ist aber auch das Bewilligungsverfahren. Das Bundeamt für Gesundheit (BAG) engagiert sich dafür, dass die Gesuchstellerinnen dabei mindestens schriftliche Informationen erhalten. Einige Regionen haben aber auch Vorgehen entwickelt, um im Bewilligungsverfahren Informationen im direkten Gespräch zu vermitteln – «best practices», die das BAG zur Nachahmung empfiehlt.

Sexarbeiterinnen und mit ihnen zu einem gewissen Grad auch Cabaret-Tänzerinnen sind eine Zielgruppe im Nationalen HIV/Aids-Programm. In einem Pilotversuch hat der Migrationsdienst der Stadt Bern in Zusammenarbeit mit dem BAG im Rahmen des Bewilligungsverfahrens (Bewilligung L oder B) den Gesuchstellerinnen eine Broschüre zu HIV/Aids (erhältlich in 16 Sprachen) sowie eine Adressliste der Beratungsstellen in Bern überreicht. Es hat sich gezeigt, dass auf diese Weise mit relativ wenig Aufwand für die Behörden Informationen abgegeben werden können. Das BAG setzt sich dafür ein, dass zumindest diese Minimalvariante der HIV/Aids-Information in allen Kantonen umgesetzt wird – sollte es doch selbstverständlich sein, dass im Bewilligungsverfahren über Risiken der Arbeit und Schutzmöglichkeiten informiert werden.

«Da Sexarbeiterinnen in verschiedenen Kantonen keine Bewilligung benötigen und in der Erotikbranche auch ein beträchtlicher Anteil von Frauen ohne Bewilligung arbeiten, ist dies keine flächendeckende Massnahme», führt Christine Kopp, gemeinsam mit Norina Schwendener verantwortlich für das Projekt Female Sex Work im Bundesamt für Gesundheit (BAG), aus. «Die Abgabe von Informationen im Rahmen des Bewilligungsverfahrens kann auf keinen Fall die Präventionsarbeit im persönlichen Kontakt ersetzen.» Diese geschieht primär durch kontinuierliche aufsuchende Präventionsarbeit in den Cabarets und Etablissements im Rahmen des Projektes Aids-Prävention im Sexgewerbe (APiS) der Aids-Hilfe Schweiz. Einige Regionen haben zusätzlich Modelle entwickelt, wie persönliche Präventionsarbeit bereits in das Bewilligungsverfahren integriert werden kann. Zwei Beispiele zuhanden von Cabaret-Tänzerinnen sollen hier vorgestellt und im Sinne von «best practices» empfohlen werden.

Beispiel Neuenburg

In Neuenburg werden mit Tänze-



Das behördliche Bewilligungsverfahren ist eine optimale Gelegenheit, Frauen, die im Sexgewerbe tätig sind, mit HIV/Aids-Prävention, zu erreichen.

rinnen, die um eine Bewilligung ersuchen, verpflichtende Informationsnachmitte im Amt für Migration durchgeführt. Einen Nachmittag lang werden die Frauen von einer Mitarbeiterin des Migrationsamtes und einer Mitarbeiterin der Aids-Hilfe Neuenburg mit Unterstützung von erfahrenen Übersetzerinnen über ihre Rechte und gesundheitliche Belange informiert, vor allem über die Prävention von HIV und anderen sexuell übertragbaren Krankheiten. Erst wenn dieser Informationsanlass besucht wurde, erhalten die Frauen ihre Bewilligung. Diese Informationsnachmitte geben, so schildert Norina Schwendener, den Cabaret-Tänzerinnen Gelegenheit zur Klärung vieler Fragen und angeregter Diskussion. Auch zeige die Erfahrung aus Neuenburg, dass der Informa-

tionsstand der Tänzerinnen und Sexarbeiterinnen im Laufe der vergangenen Jahre langsam angestiegen sei.

Beispiel Liechtenstein

Während den Anfängen des Projektes APiS in Liechtenstein kam es vor, dass der Mediatorin der Zugang zu Cabarets verweigert wurde. In Folge dessen kontaktierte die Fachstelle für Sexualfrage und HIV-Prävention (damals noch Aids-Hilfe Liechtenstein) mehrere Ämter (Sittenpolizei, Gleichstellungsbüro etc.) und klärte mögliche Massnahmen ab, um den Zugang zu Cabarets sicherzustellen. Schliesslich erarbeitete sie zusammen mit dem Ausländer- und Passamt folgende Richtlinien, welche am 19. Dezember 2000 in Kraft traten. «Die Teilnahme am Projekt APiS, welches von der Aids-Hilfe

Liechtenstein in Zusammenarbeit mit einer Mediatorin durchgeführt wird, ist obligatorisch. In Absprache mit dem Nachtclubbesitzer finden sich die Tänzerinnen und Tänzer einmal pro Monat eine Stunde vor Eröffnung des Nachtclubs ein und werden von einer erfahrenen Mediatorin in ihrer Sprache über sexuell übertragbare Krankheiten informiert. Die Tänzerinnen/Tänzer erhalten Kassetten und Informationsbroschüren zum Thema sexuell übertragbare Krankheiten in ihrer Sprache. Die Mediatorin steht ihnen für Fragen zur Verfügung. Die Aids-Hilfe Liechtenstein sowie die Mediatorin stehen unter Schweigepflicht über dienstliche Angelegenheiten, Beobachtungen und Anvertrautes. Das Ziel dieses Projektes ist es, die sexuelle Gesundheit der Tänzerinnen und Tänzer sowie der Kunden des Nachtclubs zu fördern und zu erhalten. Die Durchführung des Projektes ist für die Nachtclubbesitzer kostenlos.»

Bei Nichtbeachtung dieser Richtlinien kann den Nachtclubbesitzern die Erteilung der Tänzerinnenbewilligungen verweigert werden – seit Inkrafttreten dieser Richtlinien wurde der Mediatorin den Zugang zu den Tänzerinnen jedoch erfreulicherweise immer ermöglicht. Seit Juli 2001 muss zudem jedes Lokal einen Monat im Voraus der Fachstelle für Sexualfragen und HIV-Prävention die Anzahl und Nationalitäten ihrer Tänzerinnen oder Tänzer bekannt geben, was die Arbeit der Mediatorin erheblich erleichtert, weil so die Besuche optimal vorbereitet werden können.

Für APiS und speziell für ihren Einsatz in der oben beschriebenen Angelegenheit erhielt die Fachstelle für Sexualfragen und HIV-Prävention den vom Ressort für Familien und Chancengleichheit verliehenen Chancengleichheitspreis.

Kontakt: Norina Schwendener und Christine Kopp, Sektion Aids, BAG, 3003 Bern, Tel. 031 323 88 11, norina.schwendener@bag.admin.ch, christine.kopp@bag.admin.ch

«Swiss Aids News»: Die Fachzeitschrift im HIV-Bereich

Die «Swiss Aids News» erscheinen alle zwei Monate. Die Fachzeitschrift berichtet aktuell und kompetent über Entwicklungen und Fortschritte im HIV-Bereich in der Schweiz. In den Rubriken Medizin, Recht und Gesellschaft werden Trends behandelt, die für Menschen mit HIV, Fachpersonen und andere am Thema Interessierte relevant sind. Die Zeitschrift wird von der Aids-Hilfe Schweiz in Zusammenarbeit mit dem Bundesamtes für Gesundheit, der Eidg. Kommission für

Aidsfragen (EKAF) und Fachpersonen herausgegeben.

Seien Sie kompetent informiert: Bestellen Sie jetzt ein Jahresabonnement für CHF 40.– bei der Aids-Hilfe Schweiz, Postfach 1118, 8031 Zürich, Tel. 044 447 11 11, oder konsultieren Sie die «Swiss Aids News» online unter

www.aids.ch/d/hivpositiv/newsletter.php

World Aids Conference – Time to deliver

Unter dem Motto «Time to deliver – Zeit, zu liefern» findet vom 13. bis 18. August 2006 in Toronto die XVI. internationale Aids-Konferenz statt. Das Konferenzmotto unterstreicht die Dringlichkeit von wirkungsvoller Prävention und Behandlung und ruft alle Entscheidungsträger dazu auf, ihre Verantwortung dafür noch besser wahrzunehmen. Mit 20'000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus aller Welt dürfte die Tagung in Kanada die bisher grösste Aidskonferenz sein. Das Bundesamt für Gesundheit ist mit einer Delegation an dieser Konfe-

renz vertreten und stellt dort verschiedene Projekte vor, etwa zu den Minimal-Standards für Sex-Etablissements, zum Schwerpunktjahr HIV-Testberatung, zur Epidemiologie oder zur LOVE LIFE STOP AIDS-Kampagne.

Detaillierte Auskünfte über die Beiträge des BAG an der Aidskonferenz finden Sie unter www.bag.admin.ch/aids unter Internationales.

Die Homepage der Aidskonferenz lautet www.aids2006.org.